

Delbrück, Montgelas, Dernburg und andere. Erinnern wir uns nun, daß Freiherr von Berner Vorsitzender der Friedensdelegation in Versailles war — viele behaupten, er wäre Halbjud — und daß die Herren Delbrück, Montgelas, zusammen mit Schüding und dem Geheimen Hofrat Prof. J. U. Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy die Schuld Deutschlands am Kriege wissenschaftlich zu ergründen hatten, wobei ihnen durch die gemeine Handlungsweise des Juden Eisner und den Diebstahl wichtigster Dokumente aus dem Auswärtigen Amt, ein etwas schiefes Urteil gelang, so können wir uns nicht recht damit einverstanden erklären, daß auf die Meinung gerade dieser Männer der A. d. B. ein so hohes Gewicht legt. Da ist uns in diesem Falle ein ehrlicher Ausländer — ein weißer Kade allerdings — als Kronzeuge lieber. Das ist E. D. Morel, der bekannteste englische Sozialistenführer, der nichts geringeres sagt, als:

„Wir stoßen in England auf so große Schwierigkeiten, weil gewisse politische Richtungen in Deutschland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den allein Schuldigen am Kriege hinzustellen. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Schuld kann nur dazu beitragen, daß die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen gefährdet und diese ermüdet werden, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohl zu fühlen scheint.“

Dem Mangel an außenpolitischen Kenntnissen, wie er sich offenbar aus der obigen Neuerung eines Ausländers für jeden bei uns maßgebenden Politiker aus jener Zeit herauslesen läßt, suchte der Hamburger Senat mit seinem Antrag 65 vom 19. Januar 1923 auf Bewilligung von Mitteln für das Institut für auswärtige Politik abzuhelfen. Die „Bürgerzeitung“ hat nicht alle für dieses neue Institut nötigen Geldmittel bewilligen brauchen, denn, so heißt es auf der zweiten Seite des Antrages: „Für die Ausstattung und die Erhaltung des Instituts sind von privater Seite in erheblichem Maße Mittel in Goldparität zur Verfügung gestellt.“ Es war gut, daß wir damals noch reiche Leute in Deutschland hatten, denn die Papier-Billionen der Inflation hätten den Auf- und Ausbau dieses — wahrscheinlich — sehr wichtigen Instituts unmöglich gemacht. Als aber bekannt wurde, daß ausgerechnet das jüdische Bankhaus M. M. Warburg & Co. die gedachten Mittel zur Verfügung gestellt hatte und daß der Lehrer der Rechts- und Staatswissenschaft, Geheimer Hofrat Professor J. U. Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy dem im Jahresbericht 1923 des „Instituts für auswärtige Politik“ als „berühmter Vertreter des Pazifismus“ gebührend wurde, desselben Professors, der durch die Schuld des Juden Eisner ein etwas schiefes Bild von der Schuld Deutschlands am Kriege erhielt, Leiter des Instituts geworden war, da wurden doch viele unserer Bürger hellhörig. Das kam zum Ausbruch in der Gerichtsverhandlung am 4. und 5. Dezember 1924 in dem bekannten Prozeß Warburg-Frisch, in den schließlich auch noch die Angelegenheit des Geheimrats Frisch von der Dresdener Bank hineinspielte, mit seinen weitläufigen Plänen, die er mit den Herren Warburg, Meißner, und Mendelssohn-Bartholdy unter Anrufung des Reichskanzlers zu verwirklichen gedachte. Ausführliches darüber in dem stenographisch aufgenommenen Prozeßbericht, der unter dem Titel: „Mein Streit mit dem Hause Warburg“ im Hammer-Verlag, Leipzig, erschienen ist. — Ueber das Institut für auswärtige Politik hören wir später noch Näheres, einstweilen wollen wir uns wieder dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände zuwenden.

Da fragt mutig der Geschäftsführer, Herr Draeger, in seinem Artikel „Öffnet die Archive“ in der Januar-Nummer des A. d. B. Mitteilungsblattes: „Was fürchten Sie eigentlich, Herr Poincaré?“ Da Herr Poincaré wahrscheinlich Besseres zu tun hat, als auf solche intelligente Frage Antwort zu geben, wollen wir für ihn antworten: Herr Poincaré ist der „Sieger“ (!!) und er wäre sicher ein noch größerer „Idealist“ als sämtliche deutschen Revolutionshelden und Friedensmacher, wenn er die ihm von den Leuten in die Hand gedrückten Trümmer schwach sinnig wieder herausgeben wollte. Also Herr Poincaré fürchtet sich in dieser Weise gar nicht ein bißchen, sondern ist sehr stolz auf das seinen lieben Franzosen bereite Vergnügen des endlichen Triumphierens über das deutsche Volk. Freilich wird dieses Vergnügen nicht lange mehr dauern, nämlich keinen Tag länger, als der A. d. B. aufgehört haben wird, zu existieren. Wir können ihm nämlich den Vorwurf nicht eriparen, daß er durch sein inniges Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Regierung jede Möglichkeit einer tatsächlichen und nicht nur platonischen Aufrollung der Schuldfrage verspielt hat. Wäre es anders, so hätte ja die unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichstags-

präsidenten, Herrn Geheimrat Dr. Jacob Pieper, mit Unterstützung des ehemaligen Kolonialministers Dr. Salomon Dernburg und vieler anderer hoher Politiker in großem Format angenommene Entschliebung vom 29. Juni 1924 endlich wohl mal zum Ziele führen müssen. In der Entschliebung heißt es doch wörtlich:

„Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat die endliche Aufrollung der Schuldfrage zugesagt.“

Vergleicht man mit dieser vor über einem Jahre gefaßten Entschliebung den weiteren erschütternden Umfall des Reichskanzlers Dr. Marx mit seinem „Widerruf“ vom 29. August 1924, so wissen wir eigentlich nicht mehr, was denn das winzelnde Zuschauersitzen unserer Anschuld am Kriege noch für einen praktischen Wert haben soll.

Wir wagen kühn zu behaupten, daß die ganze Marx-Stresemann-Dawes-Politik — der „Kladderadatsch“ nennt sie in seiner letzten Nummer: Straußenfederhelden-Politik — nicht möglich gewesen wäre, wenn die jüdischen Auftriebskräfte des deutschen Volkes nicht derzeit gigantisch im Arbeitsausschuß deutscher Verbände gefesselt gewesen wären. Aber angenommen selbst, daß der A. d. B. — dieses Monstroschuldfrageaufrollungs-unternehmen — ausgesprochener Gegner der Reichspolitik gewesen wäre — in Wirklichkeit war er ja, wie oben gezeigt, alles andere als das — so wäre ja selbst als Gegner der A. d. B. leicht abzubiegen gewesen, sofern die „Reichsgewalt“ gedroht hätte. Was aber hätte wohl eine Reichsregierung machen können, wenn die 1100 Bünde mit ihren vielen Millionen Mitgliedern, jeder von sich aus, in ununterbrochenen Eingaben an die Regierung die Aufrollung der Schuldfrage immer erneut gefordert hätten, besonders in der Zeit des wachsenden, uns Deutschen schließlich über den Kopf gestülpten Dawes-Vertrages. Es wurde ein Bezierenspiel mit uns getrieben, wie es verwirrender die Welt noch nicht gesehen und wie es die von irregulierten „Arbeiterführern“ zur Ausführung gebrachte Revolution ein Kinderpiel damit verglichen ist. Die durchweg rein wirtschaftlich eingestellte bürgerliche „Intelligenz“ aller politischen Lager, mit nur wenigen Ausnahmen, wurde durch den Arbeitsausschuß deutscher Verbände in das Dawes-Grab gestürzt.

Bevor dasselbe durch den drohenden Sicherheitspakt endgültig aufgehoben wird, fordern wir in letzter Stunde alle wahrhaft völkischen und nationalen Bünde auf, sich unverzüglich aus den Ringen der große „Klapper“schlange zu befreien und den Tag der Hermannsfeier im Teutoburger Walde mit einer Kundgebung zu beschließen, die der deutschen Regierung die endliche Aufrollung der Schuldfrage an Hand des ihr zur Verfügung stehenden gewaltigen Materials zur Pflicht macht.

Dieser Hermannsbrief Nr. 2 geht sämtlichen Bünden zu, die dem A. d. B. angeschlossen sind, damit keiner derselben sagen kann, er hätte von seiner passiven Totengräberrolle nichts gewußt. Ferner erhalten ihn sämtliche Zeitungen von Bedeutung, einschließlich der bekannten jüdischen, die Telegramm-Agenturen und alle für das völkische Erwachen Deutschlands maßgebend gewordenen Persönlichkeiten und Organe, sowie der Großteil der maßgebenden politischen Persönlichkeiten und Parteiführer.

„Die Hermannsöhne.“

Die Reichstagsfraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei an den Reichskanzler.

Berlin, 25. Juli 1925.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Meine politischen Freunde haben im Reichstage den Antrag (Drucksache Nr. 139) eingebracht, der die Rechtsgültigkeit der Dawesgehe anzweifelt, weil sie verfassungswidrige Gesetze sind und trotzdem nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten haben. Wir haben in unserem Antrage demgemäß gefordert, daß unsere Anzeiung der Rechtsgültigkeit von den zuständigen höchsten Gerichten des Reiches nachgeprüft werde. Die Reichsregierung hat es nicht einmal für nötig gehalten, ihrerseits zu unserem Antrage Stellung zu nehmen, wie es durch Sie selbst oder durch den Herrn Reichsjustizminister erwartet werden mußte. Wir ist aus meiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung kein Fall in Erinnerung, wo eine Reichsregierung einen derartig ersten Antrag einfach ignoriert hätte; ich erblicke in dieser Haltung nicht nur eine Uferachtlung der parlamentarischen Fraktion gegenüber selbstverständlich erscheinenden Lokalität, sondern eine direkte Verletzung des Geistes, der Verfassung und eine allgemeine Gefährdung der Reichsfreiheit. Ich richte deshalb namens meiner politischen Freunde nochmals persönlich das Er-

suchen an Sie, die verlangte gerichtliche Klarstellung über die Rechtsgültigkeit der Dawesgehe herbeizuführen, widrigenfalls wir annehmen dürfen, daß Sie und die Regierungsparteien eine solche Klarstellung fürchten müßten. Meine Freunde werden einem etwa beschäftigten passiven Widerstand gegenüber jedenfalls nichts unterlassen, um eine solche Klarstellung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen.

In vorzüglicher Hochachtung
ergebenst

(gez.) v. Graefe, M. d. R.

Ein Brief.

Der völkische Abg. v. Graefe hat an das deutsche nationale Mitglied der Zolltarif-Kommission, Geheimrat Thomsen, folgendes Schreiben gerichtet:
Berlin, 28. Juli 1925.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Angehts der Geschäftslage des Hauses gestatte ich mir sehr ergebenst, Ihnen im Nachstehenden Mitteilung zu machen von der Auffassung meiner politischen Freunde über die Situation.

Wir sind, — obwohl wir in Opposition zur Regierung stehen und auch die Resultate der Zolltarifverhandlungen nicht billigen können, — bereit, durch möglichst vollständige Anwesenheit für die Beschlußfähigkeit des Hauses und damit für die ordnungsgemäße Erledigung der noch ausstehenden wichtigen Vortagen gewissenhaft mitzuwirken, so lange wir einen klaren Willen bei der Regierung und ihren Parteien erkennen, einer sinnlosen Verschleppung der Verhandlungen, die schließlich doch mit einem resultatlosen Zerplatzen des Reichstages enden muß, bestimmt entgegenzetreten. Wir sind aber nicht bereit, uns als Staffage für die Partigruppierung mißbrauchen zu lassen, die heute Kompromisse untereinander schließt, um sie morgen wieder zu durchlöchern, die heute eine einheitliche Mehrheit zu sein scheint, um morgen wieder auseinander zu bröckeln, kurzum, die keinen Willen und keine Entschlußkraft zeigt, und deren Regierungsexponenten, weit davon entfernt, zu führen, keine anderen Direktiven hervorbringen vermögen, als in augenscheinlicher Hilflosigkeit chronisch mit Kabinettskrisen und Reichstagsauflösung zu drohen.

Ich beehre mich deshalb, Ihnen schon heute mitzuteilen, daß, so ern nicht umgehend ein endgültig festgelegter und tragbarer Arbeitsplan für den Reichstag vorgelegt werden kann mit der verbindlichen Zusicherung der Mehrheitsparteien, daß er unter allen Umständen durchgeführt werden wird, meine Freunde ernsthaft erwägen werden, ob sie sich zurzeit noch an diesen fruchtlosen Verhandlungen des Reichstages beteiligen können, oder ob sie in dem Konflikt des Gewissens nicht besser jetzt den außerparlamentarischen Berufspflichten bis zum Herbst den Vorrang einräumen müssen. Wir haben keine Veranlassung, den katastrophalen Selbstmord dieses heutigen Parlamentarismus unterzusehen, noch dazu, wenn die Agonie dieses Systems die akuten völkischen Schädigungen hervorruft.

Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, den Führern Ihrer Regierungsparteien von dem Inhalte dieses Schreibens liebenswürdigsterweise Kenntnis geben zu wollen, indem ich in vorzüglicher Hochachtung verbleibe
Ihr sehr ergebener
gez. v. Graefe, M. d. R.

Büchereingang bei der Schriftleitung des „Reichsworts“:
Madison Grant, Der Untergang der großen Rasse. Ins Deutsche übertragen von Prof. R. Pollock. 172 Seiten und 4 Karten. München 1925. J. F. Lehmanns Verlag, geb. 6 M., geb. 7 M.
Prof. Dr. Richard Geiger, Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. XVI und 310 Seiten. München 1925. J. F. Lehmanns Verlag, geb. 8 M., geb. 10 M.
Albrecht Philipp, M. d. R., Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer parlamentarischen Unternehmung. Brunnen-Verlag Karl Winkler, Berlin. 1 M.

Bestellungen auf sämtliche hier angeführten Bücher durch die Buchverhandlung Ute Ullrich, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30 (Postfach, Berlin 88714).

Beilage: Der heutigen Nummer liegt „Das Schrifttum“, herausgegeben von Prof. U. Bartels, 17. Jahrgang, Nr. 7, bei.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Reichswort. Für den Anzeigenteil: S. Lana, Berlin. Verlag: „Der Reichswort“, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30. Druck: Neubeuthaler Verlag- und Druckhaus-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Seemannstraße 12.

Geradezu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomanol“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Völleins in der Magengegend, Spannung und Beengung im Leibe, Atemnot, Unfähigkeit klar zu denken, Magendrücken, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magenschwüre, akuten und chronischen Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird gehoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Blähungen aus dem Körper geschafft.

Lesen Sie, was ein Magenkranker schreibt.

Ersuche höfl., mir postwendend eine 2. Sendung Stomanol-Tabletten anher zu senden. Gen. Tabletten haben mich von meinen furchtbaren Magen- und Leibscherzen schon so kuriert, daß ich doch wieder Lebensfreude gewann, was jahrelange Arztbehandlung nicht zu Stande brachte. Der Nachnahmesendung entgegengehend zeichnet

Lauingen a. D., 21. 7. 25. mit vorzüglicher Hochachtung R. M., Kfm.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenkranke.

Säumen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's „Stomanol“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt C. 519, und Sie erhalten sofort kostenlos und franko eine Gratisprobe „Stomanol“ nebst einer interessanten Broschüre.

Dr. Weiß
Asthma-
Kurhaus
Bln.-Südende.

Volksbund
Programmheft
gegen 1 Mk. von
Kanzler G. L.
Dessel, Annen i. W.

AUGUST FRÄDRICH
Engl. Americ. Tailor
BERLIN NW 21, Wilhelmshavener Str. 12
Telefon: Moabit 3624

Nur Aachener und engl. Stoffe in großer
Auswahl / Garantie für guten Sitz
Gegründet London 1896

Reichswartler
werb für
eure Zeitung!

Reichswartler!
Hast Du schon Graf Reventlow's neuestes Schriftchen:
Völkisch-Kommunistische Einigung?
Preis 30 Pf. Bei Voreinsendung franko, sonst gegen Nachnahme zu beziehen durch die
Buchverandsabteilung des Reichsworts
Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, Postfach 88714 Berlin.

Herrenmoden
nach Maß zu soliden
Preisen, auch Stoff-
annahme
Fritz Bethge,
Berlin N, Rosenhaller
Straße 63-64,
Telefon: Nordend 4729

Detektivbüro
Auskunftei, Geschäfts-
Privat-, Heiratsaus-
künfte, Rechtsfragen
Unentgeltl. Kontakto.
O. Lange, Berlin S 42,
Moritzpl. Aschingerpl. Begr. 1895.

Deutsche Hausfrauen
kauft
Nähmaschinen
bester deutscher Fabrikate
Wolff, Berlin NO 55, Sulefeld-
straße 46.
Eigene Reparatur-Werkstatt, Jahrgangs-
erleichterung. Auf Wunsch unverb. Bef.

Weltbekanntes vornehmes Haus
Dresden Hotel Bellevue
unvergl. herrl. Lage
R. RONNEFELD, Vorstand und Leiter

Dir. Eckes
Föh. Werbe-
reit.-Anstalt, Bln.-Steglitz, Hiltjebr. 24
Alle Klassen (gamm. u. real), Einz. Reichsverbands-
prüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Begr. 1883.
2 Büten inmitten großer Gärten.

Berlin, Zietenstr. 22
Fischer's Vorbereitungs-Anstalt
f. alle Schulexamina. Abt. ab U-III, Begr. 1888. Internat. Damenvorbe-
reitg. Zahlengang, unerr. Fortg. Erfolge f. Prop. Dir. Fischer, Ditt. d. R. a. D.

Hoch- u. Tiefbau-, Beton- u. Eisen-
beton-Ausführungen

Carl Burchardt

Wohnhäuser, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Gründungen
mit Pfählen und Brunnen, Bagger- und Rammbetriebe,
Erdarbeiten, Eisenbahnbauten, Straßenbau, Brücken, Ufer-
befestigungen, Kanäle, Wiesenbauarbeiten, Eisenbetonpfähle,
Eisenbetonzunsteile, Zementrohren.

Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. 135